Deutscher Bundestag **Drucksache 14/8506**
14. Wahlperiode 13. 03. 2002

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Klaus Wiesehügel, Dieter Maaß (Herne), Dr. Axel Berg, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Werner Schulz (Leipzig), Franziska Eichstädt-Bohlig, Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 14/7297 –

Zukunft der deutschen Bauwirtschaft

A. Problem

Fortführung der Politik zur Verstetigung der Bautätigkeit; kontinuierliche Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Bauwirtschaft.

B. Lösung

Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag – Drucksache 14/7297 – anzunehmen.

Berlin, den 13. März 2002

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Dr. Heinz Riesenhuber	**Klaus Wiesehügel**
Vorsitzender	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Klaus Wiesehügel

I.

Der Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/7297 – wurde in der 198. Sitzung des Deutschen Bundestages am 8. November 2001 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Finanzausschuss, den Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung, den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, den Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II.

Die Antragsteller weisen darauf hin, dass die unverändert schlechte Situation der deutschen Bauwirtschaft eine der schwersten Erblasten der alten Bundesregierung sei. Nach ihrer Auffassung hat die jetzige Bundesregierung seit der Regierungsübernahme eine Vielzahl von Maßnahmen ergriffen, um die Bauwirtschaft zu stützen. Dazu zählen die Antragsteller die Schaffung von investitionsfördernden Rahmenbedingungen wie unter anderem die Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung, die Steuerreform, die Einführung der Ökosteuer und die Rentenreform sowie spezielle Maßnahmen zur Bekämpfung der strukturellen Probleme der Bauwirtschaft wie etwa das Zehn-Punkte-Programm zur Förderung und Verstetigung beschäftigungswirksamer Bautätigkeit.

Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, an ihrer Politik zur Verstetigung der Bautätigkeit festzuhalten und die Rahmenbedingungen kontinuierlich zu verbessern. Dabei soll sie unter anderem ihre bisherigen Bemühungen im Kampf gegen illegale Beschäftigung und Schwarzarbeit intensivieren, ein Gesetz zur tariflichen Entlohnung bei öffentlichen Aufträgen in den Deutschen Bundestag einbringen und die öffentliche Investitionspolitik in Bezug auf die Baubranche verstetigen.

III.

Der **Finanzausschuss** hat die Vorlage in seiner 119. Sitzung am 12. Dezember 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS beschlossen, die Annahme des Antrags zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung** hat die Vorlage in seiner 110. Sitzung am 12. Dezember 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS beschlossen, die Annahme des Antrags zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat die Vorlage in seiner 74. Sitzung am 23. Januar 2002 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS beschlossen, die Annahme des Antrags zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder** hat die Vorlage in seiner 71. Sitzung am 28. November 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS in Abwesenheit der Fraktion der FDP beschlossen, die Annahme des Antrags zu empfehlen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage in seiner 85. Sitzung am 12. Dezember 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS beschlossen, die Annahme des Antrags zu empfehlen.

IV.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 76. Sitzung am 13. März 2002 beraten.

Er beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS, dem Deutschen Bundestag die Annahme des Antrags – Drucksache 14/7297 – zu empfehlen.

Berlin, den 13. März 2002

Klaus Wiesehügel
Berichterstatter



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333